

SP-Grossrätin fordert 1000 Franken Mindestlohn für Lehrlinge

Basler Lernende im Fokus Amina Trevisan will die Berufslehre attraktiver machen. Der Gewerbeverband Basel-Stadt lehnt den Vorstoss ab.

Barbara Stähler

Seit 2022 gilt ein kantonaler Mindestlohn von 21 Franken brutto pro Stunde, so hat es das Stimmvolk entschieden – nicht aber für Lernende: Sie sind explizit davon ausgenommen. Auch gibt es weder Vorschriften noch Empfehlungen für Löhne von Lernenden seitens des Kantons. Es sei den Berufsverbänden überlassen, ob sie Empfehlungen aussprechen oder nicht, schreibt das Erziehungsdepartement auf Anfrage.

SP-Grossrätin Amina Trevisan möchte das ändern. Sie verlangt einen branchenübergreifenden Mindestlohn für Lernende von 1000 Franken pro Monat, wie sie in ihrer Anfrage an den Regierungsrat schreibt. Mit ihrer Forderung vertrete sie auch ein Anliegen der Juso, sagt Trevisan zur «Basler Zeitung».

Laut der Politikerin gibt es sehr niedrige Lehrlingslöhne, die «nicht einmal ansatzweise zum Überleben» reichen. Dadurch blieben die jungen «finanziell von Eltern, Erziehungsberechtigten oder Dritten abhängig».

Nicht nur das Geld zählt

Jenen, die erst später mit einer Berufslehre begannen oder keine finanzielle Unterstützung von ihren Eltern oder von anderer Seite erhielten, «drohen Verschuldung, Lehrvertragsauflösungen oder Lehrabbrüche». Trevisan kenne junge Menschen, die aus finanziellen Gründen ihre Lehre abgebrochen hätten.

Mit höheren Lehrlingslöhnen werde ausserdem die Berufslehre attraktiver, gibt sich die Politikerin überzeugt. Deshalb will sie in ihrer Anfrage wissen, was der Regierungsrat von einem Mindestlohn hält. Die Antwort steht noch aus.

Eine klare Meinung hat bereits der Gewerbeverband Basel-Stadt. Er lehnt einen kantonalen Mindestlohn von 1000 Franken



Mit einem Mindestlohn sollen Lernende finanziell unabhängiger werden. Symbolfoto: Ela Celik

ab erstem Lehrjahr ab, wie er auf Anfrage schreibt. Der Verband verweist auf die geltenden Gesamtarbeitsverträge, die teilweise auch Lehrlingslöhne regeln.

Zudem basiere «die Entlohnung von Lernenden nicht nur auf monetären Aspekten, sondern auch auf der Möglichkeit, wertvolle praktische Erfahrungen

zu sammeln und sich beruflich weiterzuentwickeln». Dafür würden die Unternehmen viel Zeit und Wissen investieren.

Die Einführung eines Mindestlohns würde nach Ansicht des Gewerbeverbands die Kostenbelastung für Unternehmen erheblich erhöhen. Vor allem für KMU wäre es eine grosse Belastung, für-

der Verband. Dies könne gar zu einer geringeren Bereitschaft führen, Lernende auszubilden. «Das wäre fatal für unser erfolgreiches duales Bildungssystem.»

In gewissen Branchen gibt es aber durchaus Diskussionen darüber, ob nicht die Löhne von Lernenden angehoben werden sollen. «Das ist aber nur eine von

mehreren Massnahmen», sagt Jan Kirchhofer vom Schweizer Fleisch- und Nahrungsmittelhersteller Bell. Denn es gehe in erster Linie darum, die Berufsbildung aufzuwerten und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Bell plane ein Massnahmenpaket, noch aber sei nichts spruchreif, erklärt Kirchhofer.

«Im Vergleich zu anderen Berufsbildungen und Regionen stehen die Löhne gut da.»

Carlo Leone
Geschäftsleiter Kaufmännischer Verband Basel

Auch der Kaufmännische Verband Basel befürworte «zeitgemässe Rahmenbedingungen», wie Geschäftsleiter Carlo Leone schreibt. Dazu gehöre aber nicht nur der Lohn, sondern auch das Arbeitsklima oder die Betreuung während der Ausbildung.

«Im Vergleich zu anderen Berufsbildungen und Regionen stehen die Löhne gut da», schreibt Leone weiter. Der Verband empfiehlt im ersten Lehrjahr einen Lohn von 820, im zweiten 1030 und im dritten 1500 Franken.

Schweizweite Auswirkungen

Kritischer sieht es Roger Graf, Geschäftsführer des Verbands der Basler Elektroinstallationsfirmen. In dieser Branche erhalten Lernende im ersten Lehrjahr durchschnittlich 700 Franken, gefolgt von 900 Franken im zweiten Lehrjahr, 1100 im dritten und schliesslich 1500 im letzten Lehrjahr. Der Verband ist gemäss Graf grundsätzlich eher «zurückhaltend mit einer generellen Lohn-erhöhung für Lernende». Denn man habe Mitglieder, die «in der ganzen Schweiz Firmenvertretungen haben».

Würde der Kanton Basel-Stadt einen Mindestlohn für Lernende einführen, hätte dies Signalwirkung für die ganze Schweiz. «Diese Firmen kämen allesamt unter Druck», meint Graf.